

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 40 (1960-1961)

Heft: 3: Hochschulprobleme

Artikel: Zur Gründung einer "europäischen" Universität

Autor: Tellenbach, Gerd

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161084>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dauer nicht doch Grenzen geben wird, wird jedenfalls als Frage am Ende dieses Überblicks stehen bleiben dürfen.

Literatur

Miljukow, P.: Skizzen Russischer Kulturgeschichte. Deutsche Ausgabe, 2. Bd., Leipzig 1901.
Hans, N.: History of Russian Educational Policy 1701—1917, London 1931. Hessen, S. und Hans, N.: Fünfzehn Jahre Sowjetschulwesen (1917 bis 1932), Langensalza-Berlin-Leipzig 1933. Kul'turnoe stroitel'stvo SSSR (Der kulturelle Aufbau der UdSSR), Moskau 1956. Vysšaja skola. Osnovnye postanovlenija, prikazy i instrukcii (Die Hochschule. Grundlegende Verfügungen, Bestimmungen und Instruktionen), Moskau 1957. Butjagin, A. S. und Saltanov, Ju. A.: Universitetskoe obrazovanie v SSSR (Die Universitätsbildung in der UdSSR), Moskau 1957. Meyer, K.: Das wissenschaftliche Leben in der UdSSR, Berlin 1959.

Zur Gründung einer «europäischen» Universität

GERD TELLENBACH

I

Die Universitäten des Mittelalters waren nach ihrer Herkunft und zum guten Teil auch nach ihrer Struktur europäische Bildungsanstalten. Gründungs- und Datierungsprivilegien wurden nicht nur von Universitätsstädten und Landesherren, sondern auch von Königen, Kaisern und Päpsten gewährt. Die Kurie besaß zu diesem Zweck Vorlagen — so daß beispielsweise der Text des Privilegs Calixts III. für die Universität Freiburg i. Br. fast vollständig in dem erheblich ausführlicheren Pius' II. für die Universität Basel wiederzufinden ist. Hier sei nur der erste Satz der Arenga angeführt: *Inter ceteras felicitates, quas mortalis homo in hac labili vita ex dono Dei nancisci potest, ea non in ultimis computari meretur, quod per assiduum studium adipisci valet scientie margaritam, que bene beataeque vivendi viam prebet, ac peritum ab imperito sua pretiositate longe facit excellere* — hier folgt in der Basler Urkunde ein stolzer Einschub: *haec praeterea illum Deo similem reddit, et ad Mundi arcana cognoscenda dilucide introducit —, suffragatur indoctis, et in infimo loco natos evahit in sublimes.*

Wie diese beiden im Spätmittelalter gegründeten sind die meisten Universitäten bestimmt von der Tradition des alten Universitätswesens. Sie führen sich zurück auf die ältesten Universitäten des Abendlandes, auf Bologna, Paris, Oxford und halten diese Tradition hoch, ob sie nun fünfzig oder fünfhundert Jahre alt sind. Geblieben sind von den Anfangszeiten her Hochschulautonomie verschiedenen Umfangs, die Methode des wissenschaftlichen Gespräches, der Spannungsreichtum eines zur Diskussion bereiten Geistes¹. Anderseits haben sich im Lauf der Jahrhunderte vielerlei Abwandlungen vollzogen. Die Universitäten waren «in ihren mittelalterlichen Anfängen Gemeinschaften, an denen alle sozialen Schichten, Stände, Klassen aus allen europäischen Ländern und Völkern gleicherweise und gleichberechtigt beteiligt sind ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, sogar weniger noch auf die soziale als auf die nationale Herkunft der Magister und Studenten²». Infolgedessen waren sie im Bereich aller europäischen Universitäten freizügig. Herbert Grundmann hat neuerdings wieder klar herausgearbeitet, wie nicht Berufsausbildung, Allgemeinbildung, staatliche, kirchliche oder sozialökonomische Impulse und Motive grundlegend und richtungsweisend für Ursprung und Wesen der Universitäten waren, sondern das gelehrte, wissenschaftliche Interesse³. Schon früh machen sich demgegenüber gegensätzliche Bestrebungen bemerkbar. Bereits Friedrichs II. Staatsuniversität Neapel soll die Autarkie des sizilischen Königsreiches in der Wissenschaft und in der Vorbildung für gelehrte Berufe herstellen. Und es ist bekannt, wie Fürsten und Landesherren späterer Jahrhunderte in ihren Reichen und Territorien Universitäten gründen, um ihren Bedarf an Richtern, Pfarrern und Ärzten decken zu können. Neue Schranken schuf die Spaltung in Konfessionen, und die Entfaltung nationaler Bildungsziele führte zu weiterer Zersplitterung und Differenzierung. Das Berechtigungswesen des modernen Staates, das sich auch auf den akademischen Bereich erstreckte, engte schließlich die Freizügigkeit der Professoren und Studenten noch mehr ein. Behauptet wird indessen in den Ländern, in denen Wissenschaft nicht primär als Faktor des wirtschaftlichen, militärischen und politischen Potentials streng von oben herab verwaltet und dirigiert wird, der freie Austausch und die volle Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen *Forschung*. Dies ist in Medizin und Naturwissenschaften selbstverständlich, aber es gehört vielleicht zu den bedeutsamsten wissenschaftsgeschichtlichen Vorgängen des 20. Jahrhunderts, daß auch in den Geisteswissenschaften die Zusammenarbeit der Forschung immer unbefangener, freier von nationalen Vorurteilen, bereitwilliger zu international vergleichender Betrachtungsweise geworden ist. Die Gemeinsamkeit der Forschung und die Anstrengungen um die Methoden, deren Ergebnisse sogleich überall übernommen werden müssen, wirken freilich auch in die Formen wissenschaftlicher *Lehre* hinein. Dennoch bleiben die Unterschiede in der akademischen Elementarlehre und Allgemeinbildung so groß, daß ein Studium des «deuxième cycle», die «undergraduate studies» nur mit erheblichen Schwierig-

keiten, vielleicht auch Zeitverlusten, in mehreren Ländern nacheinander durchgeführt werden können. Dies gilt zwar nicht für alle, aber doch für einen erheblichen Teil der Universitätswissenschaften. Während daher eine europäische Reifeprüfungskonvention möglich war und der Austausch von Studierenden des troisième cycle, also von angehenden Wissenschaftlern und auch von Praktikanten sich bei Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel verhältnismäßig ebenso leicht bewerkstelligen lässt wie derjenige von Gastdozenten, liegt der Studentenaustausch in Europa noch recht im argen. Der Großteil ausländischer Studierender stammt mehr aus Ländern, deren Hochschulwesen noch nicht voll entfaltet ist und die daher ganz im Ausland studieren, als aus den europäischen Nachbarländern mit hoher Universitätskultur. Es ist aber erkannt, wie fruchtbar eine innige Verbindung der europäischen Hochschulen auch in der Lehre ist. So sind schon viele Partnerschaftsverhältnisse zwischen je zwei Hochschulen verschiedener Länder begründet, Stipendien für europäische Studierende und Dozenten bereitgestellt und Untersuchungen auf englisch-deutschen oder französisch-deutschen Hochschulkonferenzen abgehalten worden, um vergleichbare, gleichwertige Studiengänge, die sogenannten «inneren Äquivalenzen» zu ermitteln mit dem Ziel der äußeren Anerkennung entsprechender Studienleistungen, Zwischen- und Abschlußprüfungen. Wirklich großzügige, wissenschaftlich vorgehende Ermittlungen sind zwar geplant, aber noch nie durchgeführt worden, und es hat sich gezeigt, daß nur schwer und langsam vorwärts zu kommen ist. Aber selbst wenn nicht sofort greifbare Erfolge erzielt werden konnten, waren solche Bemühungen immer ein Schritt vorwärts auf dem Wege geduldiger geistiger Annäherung der Beteiligten. Und die Aufgabe, bei Wahrung wertvoller, gewachsener Bildungs-ideen das Zusammenleben wissenschaftlicher Forschung und Lehre zu verstärken und enger zu gestalten, fordert längere Zeit als die Zusammenfassung wirtschaftlicher, technischer und politischer Kräfte. Und auch dann wird nicht eine vollkommene Verschmelzung zu einem einzigen, uniformen europäischen Bildungswesen möglich und durchaus auch nicht erstrebenswert sein, da sie dem Grundgesetz des vielfältigen europäischen Geistes widersprechen würde.

II

Nun wird aber seit mehreren Jahren von den Organen der sechs europäischen Staaten verbindenden vertraglichen Gemeinschaften die Gründung einer europäischen Universität betrieben. Der Start zur Verwirklichung solcher Gedanken durch Art. 9 Abs. 2 des Euratomvertrages war freilich denkbar unglücklich. Schon der Rahmen des Euratomvertrages und die Bestimmung «Es wird eine Anstalt im Range einer Universität gegründet», nachdem im vorher-

gehenden Abschnitt nur von Schulen im Rahmen der gemeinsamen *Kernforschungsstelle* zur Ausbildung von Fachkräften die Rede gewesen war, so daß damals in der Öffentlichkeit von einer «Euratom-Universität» gesprochen wurde, mußte bedenklich stimmen. Inzwischen hat man die Verbindung des Universitätsplans mit dem Euratomvertrag wieder fallen lassen. Mindestens die Mehrzahl der beteiligten Regierungen scheint allmählich zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß der Atomvertrag keine Basis für die Gründung einer Universität darstellt. Es machte aber keinen vertrauenerweckenden Eindruck, daß die Verhandlungen über die nicht mehr mit der Kernphysik gekoppelte Universität hinter verschlossenen Türen stattfanden und den Hochschulen in entscheidenden Monaten des Jahres 1958 das von der Westdeutschen Rektorenkonferenz wiederholt erbetene Gehör nicht gegeben wurde. Darin sprach sich wohl das Bewußtsein aus, daß man sich in einem gewissen Gegensatz zur europäischen Universitätstradition befände. Dabei ist anzunehmen, daß die Verantwortlichen besten Gewissens glaubten, sich durch vermeintlich rückständigen Traditionalismus in einer guten Sache nicht hemmen lassen zu sollen. Was dann allerdings immer wieder überraschte, und zwar auch noch in dem von den Räten der EWG und der EAG einem von ihnen eingesetzten Interimsausschuß für die europäische Universität gegebenen Mandat ist der «Mangel an Originalität», der nach den Worten von Gerhard Heß «die Wissenschaft in Deutschland — und nicht nur in Deutschland — so kritisch reagieren ließ⁴»: «Denn alle Gegenargumente führen schließlich immer wieder auf die eine Überlegung zurück, daß man das Problem der Integration, das alle bewegt, nicht dadurch bewältigen kann, daß man die traditionellen Elemente der europäischen Universitäten auf eine gemeinsame Institution überträgt, diese mit dem Sonderrecht der allgemeinen Gültigkeit ihrer Examina ausstattet und damit allenfalls zugleich sogenannte Führungskräfte für die europäischen Organisationen gewinnt.» Den europäischen Parlamentariern in Straßburg kann man es weniger verübeln, daß sie in ihrer — von den Gelehrten übrigens durchweg geteilten — Begeisterung für die europäische Integration vielfach über die eigentliche Problematik der Universitätsgründung hinwegsahen. Einer von ihnen, der zuerst über die Opposition von Vertretern der Wissenschaft klagte, gestand nach halbstündiger Gesprächsdauer nachdenklich geworden ein, daß er eigentlich nichts von der Sache verstünde.

Es gab jedoch schon früh recht sachverständige und beherzigenswerte Stellungnahmen zum Universitätsplan. So hatte sich eine Studiengruppe des Centre européen de la culture in Genf mit der Europäischen Universität beschäftigt⁵. In einem vorbereitendem Bericht trug Guy Michaud in klarer Form die Bedenken gegen den Gründungsplan vor: Eine «europäische» Universität läuft Gefahr, a) in Namen und Struktur die bestehenden europäischen Universitäten nur zu kopieren, b) früher oder später einen politischen Charakter anzunehmen, c) bestenfalls die Bildung eines beschränkten Europa, eines

Europa der Sechs zu fördern, und d) eine künstliche Schöpfung ohne Wurzeln und ohne Seele zu werden.

Die westdeutschen Wissenschafts- und Hochschulorganisationen, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Hochschulverband, der Deutsche akademische Austauschdienst, die immer wieder sich warnend und anregend zu Wort gemeldet hatten, legten am 16. Februar 1960 noch ein Memorandum vor, in dem sie sich entschieden zur Förderung der Integration der Wissenschaft und Lehre in Europa bekannten⁶. Sie bedauern zwar, daß die europäische Integration auf dem Gebiet der Wissenschaft nicht alle europäischen Länder umfaßt, sind aber der Meinung, daß die Möglichkeiten, die das Zusammenwirken der sechs durch die drei Vertragswerke zusammengeschlossenen Staaten bietet, ausgenutzt werden sollten. Abmachungen seien aber so zu treffen, daß sie dem Grundsatz der Freiheit wissenschaftlicher Einrichtungen und einer *allgemeinen* europäischen Integration förderlich seien. Bevor sie ihre konstruktiven Vorschläge darlegten, wandten sie sich gegen die bis dahin vom Ministerrat der «Sechs» geplanten Einrichtungen, insbesondere die einer europäischen Universität. Sie begründeten dies in Übereinstimmung mit dem Centre européen damit, daß jegliche Universität in Europa ihrer Geschichte und ihrem Wesen nach den Auftrag habe, ihren europäischen Charakter zu realisieren. «Einer oder mehreren Universitäten darin eine Prärogative einzuräumen, droht diese Verpflichtung zu mindern oder undeutlich zu machen.» Sie betonten ferner, daß die Anerkennung von Studiengängen und Prüfungen ein wichtiges Werkzeug der Integration sei. «Sie halten aber die gewiß mühsame, aber auf Disziplinen und Fakultäten aufbauende Feststellung von Äquivalenzen für den besseren, den akademischen Freiheiten mehr entsprechenden Weg als eine Vereinbarung zwischen den Regierungen, die zunächst eine einzige Anstalt privilegiert.» Sie warnen schließlich davor, das Auslandsstudium europäischer Studenten an einer oder an wenigen Stellen zu konzentrieren. Für jede Universität seien die Ausländer und das Auslandsstudium der eigenen Studenten eine solche Bereicherung, daß man die ohnehin noch viel zu wenigen Gäste nicht an einzelne Stellen abziehen sollte. Es käme darauf an, den Austausch von Land zu Land zu intensivieren und die volle Freizügigkeit der Studenten in Europa anzustreben.

Vorgeschlagen wird demgegenüber positiv: 1. ein europäischer Ausschuß für die Koordinierung des Hochschulwesens, dessen Aufgabe es wäre, die Hochschulen der Mitgliedstaaten so für einander zu öffnen, daß über eine Erleichterung und Verstärkung des Austausches von Studenten, Praktikanten und Akademikern das Ziel der vollen akademischen Freizügigkeit erreicht werde, 2. ein europäischer Forschungsrat, der gemeinsame Institute einzurichten oder bestehende Forschungsinstitute näher miteinander zu verbinden hätte, 3. die Begründung von Stätten der Begegnung europäischer Professoren und Studenten als Instrumente der Integration, wie sie zum Beispiel in Luxem-

burg schon bestehen. Zu diesem Memorandum haben sich weder die europäischen Organisationen noch die westdeutsche Bundesregierung bisher geäußert.

Neueste Zeitungsmeldungen berichten jedoch, daß in Brüssel die Gründung einer europäischen Universität in Florenz beschlossen worden sei. Danach ist man anscheinend willens, sich über alle Bedenken und Einwendungen der erwähnten Art hinwegzusetzen. Mr. Etienne Hirsch, Präsident der Europäischen Atomgemeinschaft, äußerte ja auch im Gespräch, jeder Fortschritt sei stets nur erzielt worden, indem man Einwände und traditionelle Vorstellungen unbeachtet gelassen habe. Dem entspricht jedenfalls die ziemlich gewaltsame Art, mit der die europäische Universitätsgründung in den letzten Jahren von den politischen Instanzen betrieben wurde. Man hört, freilich unverbürgt, daß außerdem auch Maßnahmen zum Zusammenschluß europäischer Forschungskapazität, zur Lösung des Äquivalenzenproblems für stärkeren Austausch von Studenten und Professoren ergriffen werden sollten. Bei aller Würdigung des guten Willens darf man der Verwirklichung solcher Gedanken mit einigem Zweifel gegenüberstehen. Ist doch diese Arbeit so viel schwieriger, schlichter, mehr geistige Energie erfordern und auch zeitraubender als die Gründung einer nach außen hochrepräsentativen und, wie die meisten internationalen Einrichtungen, gut dotierten, mit reichen Stipendienmitteln ausgestatteten «Europäischen Universität» in Florenz. Es wird auch leicht sein, berühmte Gelehrte dorthin zu ziehen und auch sonst dieser neuen Einrichtung Glanz zu verleihen. Das kann man im wesentlichen alles mit Geld machen. Nachdem Regierungen und Parlamente dann für Europa auf dem Gebiet der Wissenschaft vor den Augen der Öffentlichkeit so viel getan haben, wer wird dann noch viel nach den zähen, stillen, finanziell weniger anspruchsvollen, aber doch einige Kosten verursachenden Bemühungen in Forschung und Lehre fragen, auf die es eigentlich und viel mehr für die Einigung Europas ankommt?

Mögen solche Besorgnisse unbegründet sein! Jedenfalls darf man nicht glauben, europäische Kultur und europäisches Selbstbewußtsein seien so verhältnismäßig leicht zu organisieren wie die Zusammenarbeit in der Produktion von Kohle und Eisen, in der technischen Entwicklung der Atomkraft oder in der Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Ob es der bei der Planung der Europäischen Universität weithin ausgeschalteten Wissenschaft nachträglich noch gelingt, aus der Neugründung einen Aktivposten für das europäische Leben zu machen oder ob diese trotz allen äußersten Glanzes, der ihr verliehen werden wird, doch mehr retardierend auf die Bewegung zur europäischen Einheit hin wirkt, wird die Zukunft erweisen.

¹ G. Tellenbach, Tradition und Neugestaltung der Universität, in: Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1457—1957. Die Festvorträge bei der Jubiläumsfeier (1957), S. 11f.

² H. Grundmann, Vom Ursprung der Universität im Mittelalter, Bericht über die Verhandlungen der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, phil.-hist. Kl. 103 (1957),

S. 17. ³ Ebenda, S. 39. ⁴ G. Heß, Europäische Wissenschaft — Europäische Universität, Frankf. Allg. Ztg. v. 10. Februar 1960. ⁵ Bulletin du Centre européen de la culture, 6e année, Nr. 3 (1958), S. 20ff.: Résumons-nous: une Université européenne, telle qu'on semble la concevoir actuellement, risque: — de faire double emploi avec les universités existantes; — de prendre tôt ou tard un caractère politique; — de favoriser au mieux la constitution d'une Europe réduite et fermée, l'Europe des Six; — d'être une création artificielle, sans racines et sans âme. ⁶ Deutsche Universitätszeitung 3 (1960), S. 42f.

Die soziale Lage der schweizerischen Studierenden und Jungakademiker

EDUARD FUETER

Die soziale und finanzielle Lage der schweizerischen Jungakademiker ist prekärer und problematischer als man meist annimmt. Die Hochkonjunktur hat zwar manche Schwierigkeiten gebannt; aber dafür andere heraufbeschworen und zahlreiche aus strukturellen Gründen nicht lösen können. Im Vergleich zu den dreißiger Jahren, in denen die Entstehung und die Not eines akademischen Proletariates auch in Helvetien drohten, hat sich die Lage zwar stark verbessert. Eigentliche materielle Notlagen sind selten geworden. Leider können freilich im Augenblick noch keine Statistiken neuesten Datums vorgelegt werden, die über die momentan bestehenden Verhältnisse sichere Aufschlüsse erteilen würden, mit Ausnahme der Universität Bern. Die folgenden Ausführungen dürfen daher nur als qualitative Schilderungen gelten, bis die im Wintersemester 1959/60 durchgeführten Erhebungen an allen Hochschulen der Schweiz ausgewertet sind. Der ständige Ruf nach einer Verbesserung des Stipendien- und Darlehenswesens, die starken westschweizerischen Sympathien mit den studentischen «présalaires» Frankreichs, persönliche Einblicke und Erfahrungen lassen aber am Ernst, aber auch am komplexen Charakter der Verhältnisse nicht zweifeln. Zu den Anzeichen, daß auf diesem Bereich oft noch ungefreute Bedingungen bestehen, gehört auch die scheinbar überraschende Annahme der Vorlage über den Erlaß von Schulgeldern an den Mittelschulen des Kantons Zürich in der am 9. April 1960 durchgeführten